

Zeitschrift: Neues helvetisches Tagblatt
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 2 (1799-1800)

Rubrik: Gesetzgebung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neues helvetisches Tagblatt.

Herausgegeben von Escher und Usteri, Mitgl. der gesetzg. Rätthe.

Band II. Nro. CXXVI.

Bern, den 4. Jan. 1800. (14. Nivose VIII.)

Gesetzgebung.

Senat, 9. November.

(Fortsetzung.)

Zäslin. Es ist hier nicht um Holzfrevel Bußen zu thun; es ist überall von den durch die Municipalitäten ausgesprochenen Bußen die Rede und der Beschluß ist dem Municipalitätsgesetz angemessen, klar und deutlich.

Cart. Eine Buße setzt ein Verbrechen, dieses die Verletzung der Person oder des Eigenthums einer Person voraus; diese muß entschädigt, die Verletzung des Gesetzes aber durch die an die Nation zu zahlende Buße bestraft werden. Die Nation zieht die Buße für die Unkosten ein, die Polizei und Rechtspflege ihr verursachen. Nur in den souverainen ehemals demokratischen Gemeinden, bezogen diese die Bußen, nicht aber in dem übrigen größern Theil Helvetiens. Er nimmt den Beschluß an.

Kubli ist gar nicht bekehrt; souverain war ehemals der ganze Kanton, nicht jede Gemeinde; diese hatten das Strafrecht für den Waldfrevel — und der Beschluß kann nicht angenommen werden, ohne das Eigenthum der Gemeinden höchst unsicher zu machen.

Lütthi v. Sol. Eben weil die Gemeinden Strafrecht hatten, hatten sie zwar nicht alle, doch aber einen Theil der Souveränität, die nun nicht mehr so vertheilt werden kann. Darum weil die Bußen nicht der Gemeinde zukommen, werden die Municipalitäten doch wohl noch für das Eigenthum ihrer Gemeinden Sorgfalt haben.

Cart. Man vermenge den einzelnen Fall, den Kubli betrachtet, doch nicht mit der allgemeinen Frage, um die es hier zu thun ist.

Der Beschluß wird angenommen.

Die Discussion über den Beschluß die Armensteuern betreffend, wird eröffnet.

Der Bericht der Commission war folgender:

Das Vollziehungsdirektorium wünscht durch seine Bottschaft vom 19. August Aufklärung über einen zu bestehen scheinenden Widerspruch zwischen dem 7. Artikel des Gesetzes vom 13. Hornung und dem 83. Artikel desjenigen vom 15. Hornung dieses Jahrs in Rücksicht der Armenverpflegungen und derselben Beiträgen. Der große Rath durch seinen Beschluß vom 26. Oktober glaubt diese Erläuterung in den Erwägungsgründen zu geben, und geht über die Bottschaft zur Tagesordnung, begründet auf die Erwägungen. Nur um dieses dem Senat allgemein und der Commission besonders mißfallenden und meistens statt Licht Dunkelheit erzeugenden Umstandes willen, wäre die Verwerfung des Beschlusses angerathen worden, wann die Erläuterungen einer Kantonsauthorität zu geben wären, da solche aber von dem Direktorium selbst zu dessen Verhalt verlangt werden, und schon vor zwei Monaten hätten gegeben werden können und sollen, (Verzug, der ebenfalls mißbilligt wird,) so ist die Commission nach dem erhaltenen Auftrag in die Untersuchung des Beschlusses eingetreten. Sie hat zu dem Ende die Gesetze, wovon die Rede ist, gegeneinander verglichen. Dasjenige vom 13. Hornung über die Gemeindegeldbürgerrechte sagt im 7. Artikel: „Er (der sich in einer Gemeinde setzende helvetische Bürger) soll nicht gehalten seyn, irgend eine Beisteuer zur Erhaltung der Armen der Gemeinde, oder zu der Verwaltung der Gemeindegüter und Armengüter derselben zu leisten, im Fall eine Beisteuer dießfalls unter den Antheilhabern des Gemeindegelds und Armenguts Statt findet; in denjenigen Gemeinden, worin bisher die Steuer zur Erhaltung der Armen von den liegenden Gütern des Gemeindegeldbezirks enthoben

wurden, soll es in allem noch ferners hiebei verbleiben, bis allgemeine Gesetze anders hierüber verfügen werden.“

Laut dem letzten Theile dieses Artikels also wurden in einigen Gemeinden wegen der Armenverpflegung Beiträge zu denselben durch Steuern von liegenden Gütern bezogen, wann schon deren Besitzer nicht Antheilhaber am Armengut waren, und wegen diesen erfolgt an die gesetzgebende Ráthe die Einfrage, ob sie nicht durch einen oder mehrere Artikel des jenem Gesetzes nachfolgenden Munizipalitätsgesetzes vom 15. Hornung hievon entbunden zu seyn scheinen? — Das Munizipalitätsgesetz in seinem 82. Artikel über die Ausgaben setzt denselben dreierlei Arten und Bedingnisse fest, als: 1) „Bloß örtliche Unkosten, welche aus den dazu bestimmten Gemeindefunkten bestritten werden sollen. 2) Wann diese nicht hinreichen, so soll die noch erforderliche Summe auf alle Einwohner ohne Unterschied vertheilt werden. 3) Diese Verfügung betreffe diejenige Auslagen nicht, welche der Klasse von Gemeindgütern eigen und der Eigenthümer ausschließlich Eigenthum sind, so daß sie ganz und gar zu keinen öffentlichen Ausgaben beitragen, daher sollen auch die Unkosten zu Unterhaltung und Verbesserung dieser Güter einzig von den Mitbesitzern getragen werden.“

Hierauf kommt der 83. Artikel, welcher sagt: „Unter den Unkosten, wovon hier die Rede ist, ist der Unterhalt der Armen nicht mitbegriffen, über welche die Artikel 137 und 157 (Verrichtungen der Gemeindkammer) verfügen.“

Was verfügen nun diese beide Artikel über den Armen-Unterhalt? Sie setzen zu der Versorgung, Unterstützung, Almosenvertheilung u. s. w. einen Armenpfleger, und in größern Gemeinden eine Armencommission nieder. Der 137. Artikel sagt noch besonders vom Armenpfleger: „Er führt die Armentasse der bedürftigen Antheilhaber da, wo sie von derjenigen der Gemeinde selbst abgesondert ist.“

Durch diese Prüfung, Vergleichung der verschiedenen Gesetzesartikeln, und besonders diesen zuletzt angeführten Ausspruch, welcher hiemit anerkennt, daß es auch Armentassen geben könne, die von denjenigen der Gemeinde nicht abgesondert sind, (und wobei wahrscheinlich am öftersten der Fall eines allgemeinen Beitrags auf Grundstücke gelegt, anwendbar

ist,) ist es Ihrer Commission, Bürger-Representanten, ziemlich klar geworden, daß in dieser Sache kein eigentlicher Widerspruch, oder höchstens nur ein scheinbarer bestehe, welcher füglich aufzulösen, und ohne Unrecht zu begehen, festzusetzen ist, daß bis zur Erscheinung eines allgemeinen Gesetzes an denen Orten, wo laut dem Gesetz vom 13ten Hornung Art. 7, die Erhaltung der Armen durch Steuern auf Gütern Platz hat, auch die Nichttheilhaber am Armen-Gut fernerhin zu diesen Steuern Beiträgen verpflichtet seyn sollen. Diesem zufolge tritt die Commission dem Grundsatz des lediglich in Erwägungen bestehenden Beschlusses bei, glaubt aber doch, auch diese Erwägungen hätten sich noch deutlicher ausdrücken können, wann sie auch des hieroben erwähnten 137ten Artikels, der in ihren Augen den besten Aufschluß giebt, und auf den sich der 83ste Art. sogar bezieht, Erwähnung gethan hätten. Bei diesem Anlaß kann sich die Commission einer kurzen allgemeinen Bemerkung über das Gesetz des 13ten Hornungs von den Gemeinds-Bürger-Rechten nicht enthalten. Was war dessen Sein und Zweck? Ohne freitig derjenige, um den sich in den Gemeinden niederlassenden helvetischen Bürgern die Mittel an die Hand zu geben, vermittelt eines gerecht und verhältnißmäßig zu bestimmenden Einkaufsgeldes, Gemeinds-Bürger und Theilhaber an den Gemeinds- und Armen-Gütern werden zu können; daher die verschiedene durch das Gesetz angeordnete Vorschriften, Tabellen u. s. w. Der Commission ist nicht bekannt, daß nur ein Theil dieser Verfügungen zur Erfüllung gelangt, und sie bedauert es eben sowohl als die Verzögerung des allgemeinen Gesetzes über die Armen-Verpflegung, sie wünscht sehr, daß der große Rath sich bald mit diesem letzten wichtigen Gegenstand beschäftigt; indessen sieht sie den vorliegenden Beschluß, ohngeachtet seiner unvollständigen Erklärung, die jedoch das Direktorium zu seiner Richtschnur nöthig hat, als ein Palliativ-Mittel an, und beinahe einzig dieser Grund bewegt sie, die Annahme dieses Beschlusses anzurathen.

Pettolaz nimmt den Beschluß an, wünscht aber zugleich, daß der große Rath ungesäumt sich mit Gesetzen beschäftigen möchte, welche im Stand seyen, Gleichheit in die Verpflegungsart der Armen zu bringen.

Der Beschluß wird angenommen.

Die Botschaft des Direktoriums über die Anfrage wegen der Waffenübung der Rekruten in die helv. stehenden Truppen wird verlesen.

In geschlossener Sitzung wird folgender Beschluß angenommen:

Nach Anhörung seiner Commission über die Bezahlung der Gehalte der obersten Gewalten;

In Erwägung, daß es unschicklich ist, immer besondere Dekrete über die Bezahlung der Mitglieder der obersten Gewalten zu geben;

In Erwägung aber, daß der dermalige Mangel an barem Geld in der Staatskasse nicht gestattet, die gehörige Einformigkeit und die Bezahlung der Rückstände anders als nach und nach zu Stand zu bringen;

hat der große Rath beschlossen:

1. Mit Anfang des Jahrs 1800 soll alle Monate ein Monat an die rückständigen Gehalte den Mitgliedern der obersten Gewalten bezahlt werden.

2. Wenn diese rückständigen Gehalte bis zu Ende des Brachmonats 1799 werden entrichtet seyn, so solle hernach alle zwei Monate die Summe des Betrags von drei Monaten des nach dem Gesetz vom 9ten Heumonats verminderten Gehaltes bezahlt werden, bis die rückständigen Monate saldiert sind.

3. Wenn hernach die rückständigen Gehalte saldiert sind, so soll jeden Monat der Betrag des Gehaltes von dem zunächst verflossenen Monat den Mitgliedern der ob. Gewalten bezahlt werden.

In l ä n d i s c h e M a c h r i c h t e n .

Das helvetische Vollziehungs-Direktorium an den General Lecourbe, Oberbefehlshaber der Truppen in Helvetien.

B. General. Das Vollziehungs-Direktorium beifert sich, Ihnen bei Ihrer Ankunft in Helvetien die Versicherung seiner Achtung und seines Wunsches, mit Ihnen in die Verhältnisse eines aufrichtigen und wechselseitigen Vertrauens zu treten, vorzulegen. — Sie werden in ihm,

B. General, eine Regierung finden, welche eifrig darauf ist, aus allen Kräften zu dem Erfolge Ihrer militärischen Unternehmungen mitzuwirken, deren Kräfte aber durch die Natur der Begebenheiten und durch vormalige Irrthümer beschränkt werden. Glauben Sie indes, daß selbige keine Anstrengung versäumen, und ihrerseits die Forderungen des Allianz-

traktats vollständig erfüllen wird. — Helvetien hofft, daß derjenige, dessen kriegerische Talente so glänzend bei seiner Befreiung von den Feinden mitwirkten, auch auf seine schlimme Lage aufmerksam seyn, und mitten unter den wichtigsten Interessen die ihm anvertraut sind, nicht vergessen wird, Uebel zu lindern, welche der Sache der Republiken so unendlich nachtheilig sind.

Antwort des General Lecourbe.

B. Direktoren. Ich eile Ihnen zu bezeugen, wie sehr ich alle die verbindlichen und schmeichelhaften Dinge, welche Ihr Schreiben vom 13. Dec. (a. St.) enthält, empfinde. Wenn ich das Glück hatte, bei der Befreiung der Schweiz mitzuwirken, so bin ich es gänzlich den Tapfern, welche ich die Ehre zu commandiren hatte, schuldig. — Ich kenne den ganzen Umfang der Opfer, welche Helvetien der neuen Ordnung der Dinge gebracht hat, die üble Lage einiger Kantons bleibt mir stets gegenwärtig. Glauben Sie, daß ich nichts lebhafter wünsche, als soviel möglich die drückenden Lasten zu erleichtern, welche die Anwesenheit der Armee diesem großmüthigen Volke auflegt. — Ueberzeugt von Ihrer aufrichtigen Theilnahme an den Triumphen der meiner Anführung untergebenen Armee, deren Geschick so eng mit der helvetischen Republik verbunden ist, werden meine Verhandlungen mit Ihnen auf das unbeschränkteste und aufrichtigste Vertrauen gegründet seyn.

Noch etwas zur Vervollständigung und Berichtigung der beiden den Bürger Kantons-Richter D. Vogel betreffenden Vorfällen.

Nach dem, was nun endlich der B. Vogel selbst, über die beiden ihn betreffenden Vorfälle, in das neue helvetische Tagblatt Nro. 118 und 119 hat einrücken lassen, ist wohl das ganze unpartheiische Publikum außer allem Zweifel, was es von den Beschuldigungen des Bürger Repräsentanten Billiter gegen die Züricherische Interimsregierung, und andern Verläumdungen dieser Art halten solle. Da indessen der B. Vogel sich über die Einseitigkeit der im Nro. 103. des Tagblatts enthaltenen Anmerkung beschwert, so mag folgendes noch zu gänzlicher Auseinandersetzung und Beleuchtung derselben dienen.